

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
187 · Ausgabe CH · März 2020
AZB 3001 Bern



Unsozialer Steuerabzug

So viel sparen Topverdiener-Familien an Steuern – wenn sie mindestens 300 000 Franken verdienen. Wer wenig verdient oder keine Kinder hat, geht leer aus. Seiten 4–5

TEURES FLEISCH AUS BILLIGEN BOHNEN

Was taugt der Fleischersatz auf Pflanzenbasis? Wir haben den Test gemacht. Seite 14

RECHTLOS: HAUSARBEITERINNEN IN BRASILIEN

Wie der SOLIFONDS rasch und unbürokratisch in Entwicklungsländern hilft. Seite 18

Liebe Genossin, lieber Genosse,
geschätzte Sympathisantin und geschätzter Sympathisant



Fällt dir auch auf, wie das Wort Solidarität plötzlich wieder Konjunktur hat? Seit das Coronavirus über das Land schwappt, rufen Verwaltung und Politik von links bis rechts nach Solidarität. Lange Zeit war der Begriff nur unter Linken populär. Werte wie Solidarität galten ansonsten wenig, das Wort an sich war geradezu *démodé*. Gelebt wird mit den Ellenbogen. Bezeichnenderweise wurde das Wort Gutmensch – der Naivling, der sich mit Armen und Entrechteten solidarisch zeigt – 2015 gar zum Unwort des Jahres gewählt.

Und jetzt: Solidarität! Besonders mit älteren und besonders gefährdeten Menschen im Land. Abstand halten. Zuhause bleiben, die Kinderbetreuung nicht den Grossmüttern und Grossvätern aufbürden. Hände waschen. Das ist natürlich alles wichtig und sehr richtig.

Doch warum hört Solidarität für so viele an der Landesgrenze auf? Angst und Not rufen nach Solidarität mit den Flüchtenden an der griechischen Grenze, die zum Spielball der Weltpolitik werden. Solidarität ist auch notwendig mit den Opfern des Krieges in Syrien. Solidarität ist nicht bloss ein Wort, eine Leerformel. Solidarität verlangt nach Taten. Nicht nur hier. Sondern auch an der griechischen Grenze. Darum müssen wir so rasch wie möglich Hilfe leisten und Menschen aus diesen Gebieten Zuflucht bieten.

Dann werden wir feststellen: Solidarität macht glücklich. Sie stiftet Sinn, Beziehung und vertreibt die Angst.

In diesem Sinne grüsse ich euch solidarisch,

Pia Wildberger

INHALT

- 4–5 **Nein zum Kinderabzug-Bschiss**
Topverdiener profitieren, der Mittelstand bezahlt: Das ist krass unsozial.
- 6–7 **Nein zur Kündigungsinitiative, nein zu Lohndumping**
Die SVP will die Personenfreizügigkeit und damit die flankierenden Massnahmen abschaffen.
- 8 **Nein zum Abschluss-Gesetz**
Die Revision des Jagdgesetzes führt zum freien Abschluss geschützter Tierarten.
- 9–12 **Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings**
- 13 **Initiative für 13. AHV-Rente lanciert**
Bitte unterschreibe die beiliegende Karte.
- 14–15 **Klimafreundlich essen: Teures Fleisch aus billigen Bohnen**
Warum sind Fleischersatz-Nahrungsmittel so teuer?
- 16 **Anny-Klawa-Morf-Stiftung ist gestartet**
Die Stiftung für politische Bildung ist eine Pionierin auf ihrem Gebiet.
- 17 **Die Lausch-Buben aus Zug**
Die SP des Kantons Zug stellt der Regierung unangenehme Fragen.
- 18 **Von der Analphabetin zur Gewerkschafterin**
Wie brasilianische Hausarbeiterinnen dank dem SOLIFONDS in eine bessere Zukunft blicken.
- 19 **Agenda/Stelleninserat**



Corona-Krise: Die Forderungen der SP

Die Corona-Krise spitzt sich zu, und was heute noch gilt, ist morgen schon passé. Bestand haben die Forderungen, die die SP letzte Woche stellte. Einzelne Massnahmen hat die Politik bereits ergriffen, andere müssen angegangen werden. Wirtschaft und Gesundheitswesen müssen dringend gestützt werden.

Wirtschaft

Um die kurzfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie aufzufangen, müssen in erster Linie Massnahmen ergriffen werden, um die Arbeitsplätze, Lohnfortzahlungen und die Existenz von kleinen Unternehmen und Selbständigerwerbenden zu garantieren:

■ **Ausdehnung und Erleichterung der Kurzarbeitsentschädigungen auf befristete Arbeitsverhältnisse:** Vor allem schlecht oder nicht abgesicherte Arbeitnehmende (zum Beispiel aus der Kleinkunst, Kultur- und Eventbranche) müssen besonders geschützt werden.

■ **Direkte finanzielle Unterstützung von kleinen Unternehmen (bis 50 Mitarbeitende) und Selbständigerwerbenden, die wegen behördlichen Anordnungen Umsatzeinbrüche erleiden:** Dies kann durch einen Notkredit für die direkte Entschädigung für nicht versicherte Einnahme- und Erwerbsausfälle geschehen. Für grössere Firmen soll ein Hilfsfonds geöffnet werden, der unkompliziert Liquiditätseingänge durch zinslose Darlehen, Bürgschaften, etc. beheben kann.

■ **Frühzeitige Regelung von Entschädigungsfragen:** Sollten Betriebsschliessungen verordnet werden (etwa bei Schliessung der Grenzen für Grenzgänger_innen), muss die Entschädigungsfrage vorab geregelt werden. Hier ist der Bund gefragt.

■ **Versicherungersatz durch den Bund:** Der Bund springt dort ein, wo nicht versicherte Ausfälle zu grösseren wirtschaftlichen Konsequenzen (Arbeitsplatzabbau) führen. Dies gilt beispielsweise für Firmen, die durch den Einbruch ihrer Exportmärkte wegen der Covid-19-Krise betroffen sind. In solchen Fällen soll der Bund über eine ausserordentliche Exportrisikogarantie einen Teil der Ausfälle decken. Im Gegenzug müssen sich die Firmen verpflichten, keine Entlassungen vorzunehmen.

Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen leistet eine hervorragende Arbeit, gerät aber immer stärker unter Druck. Auch hier braucht es dringende Massnahmen zur Stärkung des Gesundheitssektors

■ **Gesundheitsschutzmassnahmen für das Personal:** Massnahmen zum Schutz des Personals und deren Angehörigen sind zu verstärken. Je länger die Krise dauert und je mehr Personen sich anstecken, desto ausgesetzt ist das Gesundheitspersonal, das derzeit einen absolut ausserordentlichen Einsatz leistet (Überstunden, Zusatzstunden, ausgesetzte Feiertage, aufgestockte Pensen, reaktivierte pensionierte Pflegende und Ärzt_innen). Der Bund muss das Gesundheitspersonal mit Begleitmassnahmen unterstützen, damit dieses seine Aufgabe gut und genügend geschützt wahrnehmen kann, etwa mit Übernahme von Kinderbetreuungskosten und weiteren Sonderentschädigungen.

■ **Aufbietung aller zusätzlichen Betreuungskapazitäten:** Dies ist für Risikopatienten und ältere Personen nötig, um das Gesundheitssystem zu entlasten (allenfalls auch durch mehr finanzielle Mittel für Spitex). Stationäre Plätze müssen soweit möglich ausgebaut und für die Behandlung bereitgestellt werden. Auch die ambulanten Kapazitäten müssen vergrössert werden, weil nicht alle Patientinnen und Patienten stationär behandelt werden können.

■ **Abfederung von zusätzlichen Gesundheitskosten:** Der Bund muss die zusätzlichen stationären und ambulanten Kosten im Gesundheitssystem (45 Prozent der Spitalkosten zahlen die Prämienzahlenden) abfedern, damit es 2021 nicht zu einer Prämienexplosion kommt. Der Bund unterstützt die Kantone bei der Übernahme zusätzlicher Kosten. Diese dürfen nicht in Form von höheren Krankenkassenprämien auf die Versicherten abgewälzt werden.

■ **Ausbildungsoffensive im Pflegebereich:** Mittelfristig ist endlich die Forderung nach einer Ausbildungsoffensive zu erfüllen, um in der Schweiz genügend Nachwuchs zu rekrutieren. Auch braucht es dringend eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit die Leute im Beruf bleiben.

Konjunkturprogramm

Nach dem Ende der Pandemie wird die Wirtschaft nicht sofort wieder Fuss fassen. Je länger die Krise andauert, desto dringender ist deshalb die Vorbereitung eines Konjunkturprogramms

■ **Investitions- und Konjunkturplan:** Der Bundesrat muss einen Investitions- und Konjunkturplan entwickeln, falls die Corona-virus-Epidemie für längere Zeit anhalten und sich allenfalls noch verschlimmern sollte.

■ **Massnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur:** Wenn sich die Covid-19-Krise wieder abschwächt, kann die Schweizer Wirtschaft nicht auf Knopfdruck wieder hochgefahren werden. Es muss klar sein, welche Massnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur (beispielsweise Infrastrukturprogramme im Rahmen der Klimapolitik) vorgezogen oder gefördert werden können, um Gewerbe und KMU und damit die Binnenkonjunktur zu stärken.



Das Riesengeschäft mit Elend und Tod

Die Schweizer Rüstungsindustrie exportierte letztes Jahr Kriegsmaterial im Wert von 728 Millionen Franken. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht das einem Plus von 43 Prozent. Besonders guten Absatz fanden Panzer und Munition sowie Munitionsbestandteile. Während Schweizer Unternehmen Kasse machen, hatte es die Kriegsgeschäfte-Initiative in der Frühlingssession schwer. Die Initiative verlangt, dass der Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden. Heute investieren Finanzinstitute Milliarden von Franken in Rüstungskonzerne, darunter sogar in Atomwaffenproduzenten. Die Bürgerlichen im Rat torpedierten das Anliegen vehement. Viele haben offenbar keine Skrupel im Geschäft mit Elend und Tod.

NEIN zum Kinderabzug-Bschiss

Die Reichsten profitieren.
Der Mittelstand zahlt's.

NEIN
am 17. Mai

KINDERABZUG-BSCHISS

Bitte versenken!

WARUM DIE VORLAGE ZUR «STEUERLICHEN BERÜCKSICHTIGUNG DER KINDERDRITTBETREUUNGSKOSTEN» DIE BEZEICHNUNG «BSCHISS» VERDIENT.

Es tönt zunächst verkehrt. Die SP, die sich seit Jahrzehnten für Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzt, ergreift das Referendum gegen eine Vorlage, die die Drittbetreuung von Kindern vergünstigen will.

Bei genauerer Betrachtung wird klar, warum. Die Vorlage trägt einen irreführenden Titel, verfehlt ihr Ziel um 180 Grad und ist vor allem eines: unsozial. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzugs von heute 10100 Franken auf 25500 Franken wurde von der rechtskonservativen Mehrheit im Parlament missbraucht, um ein ganz anderes und folgenschweres Anliegen in die Vorlage zu packen.

Angeführt von SVP und CVP, hob die Mehrheit handstreichartig den allgemeinen Kinderabzug von 6500 Franken auf 10000 Franken an. Aus



Beat Jans, Nationalrat
Basel-Stadt

dem Drittbetreuungsabzug wurde so plötzlich ein Kinderabzug. Das ist doppelt abwegig. Einerseits treibt das die berechneten Steuerausfälle von bescheidenen 10 auf satte 370 Millionen Franken hoch. Schon nur den Kantonen würden 74 Millionen entgehen.

Herdprämie

Andererseits wird die angestrebte Wirkung ins Gegenteil verkehrt. Während die Erhöhung des Drittbetreuungs-Kostenabzugs das Ziel hat, mehr Müttern die Rückkehr ins Berufsleben zu ermöglichen, wirkt die Erhöhung des Kinderabzugs wie eine Herdprämie. Begründet wurde sie denn auch mit dem altbekannten Argument, es sollten Familien profitieren, die ihre Kinder selber betreuen.

Diese handstreichartige Aktion war nie Gegenstand einer Vernehm-

lassung. Eine Gesamtschau oder eine Abschätzung der Verteilungswirkung fehlte. Die Kantone lehnen diesen Beschluss denn auch kategorisch ab. Die Ausfälle von 74 Millionen Franken würden ihren Handlungsspielraum zur Entlastung und Unterstützung von Familien mit Kindern einschränken, kritisieren die kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Auch der Bundesrat wehrte sich heftig dagegen. Der konservative Finanzminister und SVP-Bundesrat Ueli Maurer schüttelte im Rat den Kopf und brachte es auf den Punkt «Die Massnahme hat keine Wirkung im Ziel!»

Es profitieren die Falschen

Aber warum sind höhere Kinderabzüge unsozial? Die Antwort ist einfach: Sie nützen den Falschen. Familien, die knapp dran sind, haben nichts davon, denn sie bezahlen keine direkte Bundessteuer. 44 Prozent der Familien können somit

Doppelverdiener-Ehepaar
mit 2 Kindern und Einkommen* von
110 000 Franken



Einsparung
Fr. 0.–

Alleinerziehende Frau
mit 2 Kindern und Einkommen von
75 000 Franken



Einsparung
Fr. 0.–

Alleinstehender Mann
ohne Kinder mit Einkommen von
55 000 Franken



Einsparung
Fr. 0.–

Rentnerehepaar mit 3 erwachsenen Kindern
und AHV-Einkommen von
45 000 Franken



Einsparung
Fr. 0.–

Doppelverdiener-Konkubinatspaar*
mit 2 Kinder und Einkommen von
1 000 000 Franken



Einsparung
Fr. 910.–

*Einkommensaufteilung 70/30 Prozent

Gerade mal 6 Prozent der Haushalte profitieren. Die restlichen 94 Prozent der Bevölkerung dürfen dann die Löcher in den Staatskassen stopfen helfen.

kein bisschen vom Steuerabzug profitieren. Hingegen landen wegen der Progression über 70 Prozent des Betrags von 370 Millionen Franken beim reichsten Fünftel der Familien, die keine finanziellen Probleme haben.

Gerade mal 6 Prozent der Haushalte profitieren. Die restlichen 94 Prozent der Bevölkerung dürfen dann die Löcher in den Staatskassen stopfen helfen. Denn Kantone, die zu wenig Geld haben, kürzen meistens bei Bildung, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen oder sie schrauben die Gebühren hoch. Familien und Mittelstand haben das Nachsehen.

Familienpolitik geht anders

Mit Steuerabzügen lässt man ausgerechnet die Mehrzahl der Alleinerziehenden und die Familien mit tiefen Einkommen im Regen stehen, während die Gutsituierten, deren Löhne in den vergangenen Jahren

am meisten gestiegen sind, Geld erhalten. Sozialdemokratische Familienpolitik geht anders: Über eine höhere Beteiligung der öffentlichen Hand an der familienergänzenden Kinderbetreuung. Und wenn schon via Steuern, dann über Steuergutschriften, die dafür sorgen, dass alle gleichermassen profitieren.

AUF DEN PUNKT GEBRACHT

Am 27. September 2019 beschloss die Bundesversammlung dieses sinnlose Steuergeschenk für reiche Familien. Noch am gleichen Tag ergriff die SP Schweiz das Referendum und brachte es Ende Januar erfolgreich zustande. Einmal mehr muss sich die SP für den Mittelstand in die Bresche werfen, weil die rechtskonservative Mehrheit im Parlament jedes Mass verloren hat. Stimme darum auch du am 17. Mai Nein zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG)!

Lohnschutz abschaffen? Nein danke!



GEWALTSTATEN, CORONA-VIRUS ODER KLIMAWANDEL: FÜR DIE SVP IST DIE ABSCHOTTUNG DER SCHWEIZ DIE LÖSUNG FÜR ALLE PROBLEME. DAS IST NATÜRLICH UNSINN – GERADE AUCH WENN ES UM DIE ABSTIMMUNG VOM 17. MAI ZUR KÜNDIGUNGSINITIATIVE GEHT. MIT DIESER INITIATIVE WILL DIE SVP VOR ALLEM DEN LOHNSCHUTZ ABSCHAFFEN, DIE MINDESTLÖHNE AUFHEBEN UND DIE ARBEITSBEDINGUNGEN VERSCHLECHTERN.

Wenn diese Initiative angenommen wird, werden die Bilateralen Verträge gekündigt. So weit, so schlecht. Für uns als kleines Land mit starker Exportwirtschaft wäre das ein kolossales volkswirtschaftliches Eigentor. Zudem würde die Arbeitsmigration in die Schweiz mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit nicht reduziert. Auch in Zukunft würden Menschen aus dem Ausland in die Schweiz kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, und zwar aus einem einfachen Grund: Die Schweizer Unternehmen sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen und werben sie auch an.



Samira Marti,
Nationalrätin BL,
Ökonomin

Löhne senken, Rechte abschaffen?

Die Personenfreizügigkeit ist der optimale Mechanismus, um genügend Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. Die Personenfreizügigkeit ist ein Gewinn für die Schweiz. Direkt mit der Personenfreizügigkeit verknüpft sind auch die flankierenden Massnahmen. Dank ihnen sind unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz geschützt. Fehlbare Firmen aus dem Ausland und der Schweiz werden kontrolliert und gebüsst, in zahlreichen Branchen gibt es Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge. Das verbessert die Situation für alle

auf dem Arbeitsmarkt und schafft für die Arbeitgeber untereinander gleich lange Spiesse.

Mit der SVP-Initiative würden wir dieses Schutzes beraubt, weil nicht nur die Personenfreizügigkeit, sondern auch die flankierenden Massnahmen wegfallen würden. Die Folgen wären mehr Diskriminierung und Ausbeutung durch Schwarzarbeit und Lohndumping. Die SVP-Initiative würde also nicht die Zahl der Arbeitskräfte in der Schweiz senken, sondern die Löhne und die Arbeitsbedingungen in unserem Land verschlechtern – für Schweizerinnen und Schweizer ebenso wie für Menschen aus dem Ausland.

Die flankierenden Massnahmen dürfen nicht abgeschafft, sondern müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehören die Einführung und Erhöhung von Mindestlöhnen,

Claudio Marti,
politischer Sekretär
SP Schweiz



Kein Masseneinwanderungsdebakel 2.0!

Es kam so überraschend wie Regen in Grossbritannien: Kurz nachdem das Corona-Virus auch in der Schweiz ausgebrochen war, versuchte die SVP, diese Krise zur fremdenfeindlichen Propaganda für ihre Kündigungsinitiative zu missbrauchen. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi machte die EU zum Sündenbock. Mit einer an Peinlichkeit kaum zu überbietenden Aktion versuchte er, den Abbruch der Frühlingssession zu erwirken, damit das Parlament die Einführung einer Überbrückungsleistung für ältere Ausgesteuerte nicht mehr hätte beschliessen können. In der «Weltwoche» währte SVP-Übervater und Grosssponsor Christoph Blocher die Globalisierung gar am Ende, Corona-Virus sei Dank.

Die SVP hofft, mit diesen durchsichtigen Manövern in der Bevölkerung die Angst vor Fremden zu schüren und damit ein Ja zur Kündigungsinitiative zu erreichen. Doch die Schweizer Bevölkerung wird sich nicht für dumm verkaufen lassen. Es ist gleichzeitig an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, der Bevölkerung klarzumachen, dass die Personenfreizügigkeit in der Corona-Krise nicht das Problem, sondern Teil der Lösung ist: Ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Europa würde unser gerade jetzt dringend benötigtes Gesundheitssystem kollabieren.

Beispiel gefällig? Kurz vor der überraschenden Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 kam unser erstes Kind zur Welt. Von dem knappen Dutzend Pflegefachpersonen, die uns damals kompetent und engagiert im Spital in Basel betreuten, hatte keine einzige einen Schweizer Pass. Alle waren Grenzgängerinnen aus Frankreich und Deutschland. Und gerade diese Menschen würden uns bei einem Ja zur SVP-Kündigungsinitiative fehlen.

Wir müssen jetzt mit unserem Einsatz dafür sorgen, dass wir nach der knappen Annahme der SVP-Masseneinwanderungsinitiative 2014 am 17. Mai nicht nochmals eine böse Überraschung erleben.

Lösungen für die Erwerbstätigen schon immer sabotiert haben.

Nie wieder Saisonierstatut!

Vergessen wir nicht, wie die Situation vor der Einführung der Personenfreizügigkeit aussah. Es galt das sogenannte Saisonierstatut. Vielleicht kannst du dich daran erinnern oder kennst die Bilder und Geschichten deiner italienischen Bekannten. Die sogenannten Saisoniers lebten am Stadtrand in Baracken. Sie kamen jeweils im Frühjahr für ein paar Monate in die Schweiz, bis sie im Herbst wieder aus dem Land mussten. Lange Zeit bestand kein Recht auf Familiennachzug. Später wurde diese rigide Bestimmung zwar gelockert, allerdings durften die Kinder in gewissen Kantonen nicht einmal die Volksschule besuchen. Kurz: Die Saisoniers waren rechtlos, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen waren menschenunwürdig und die ökonomischen Auswirkungen katastrophal. Die billigen Arbeitskräfte waren den Arbeitgebern ausgeliefert, die damit die Löhne systematisch tief halten konnten, sowohl für inländische wie auch für ausländische Arbeitnehmende. Dahin zurückzukehren ist keine Option!

Die SVP greift unsere Löhne an

Es ist also klar, worum es der SVP in Tat und Wahrheit geht: Um die Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, nicht um die Einwanderung. Es geht darum, Menschen verschiedener Nationalitäten, die von Lohn und Rente leben, besser gegeneinander ausspielen zu können. Es geht darum, über Arbeitnehmende zu verfügen, die unter prekären Aufenthaltsbedingungen und in einem deregulierten Arbeitsmarkt arbeiten. Massive Lohneinbussen und steigende Ungleichheit wären die Folgen.

Dagegen wehrt sich die SP mit aller Kraft und darum braucht es am 17. Mai ein klares Nein zu dieser Lohndumping-Initiative.

auch ausserhalb der Branchen mit Gesamtarbeitsvertrag, ein besserer Kündigungsschutz, ein griffigeres Arbeitsgesetz und Lohngleichheit zwischen Frau und Mann. Damit können die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz tatsächlich verbessert werden. Doch es sind die Initianten, die diese wirksamen

**Die Folgen:
massive Lohn-
einbussen und
steigende
Ungleichheit.**

Nein zum missratenen Jagdgesetz

DAS NEUE JAGDGESETZ UNTERGRÄBT DEN ARTENSCHUTZ. DAS KÖNNEN WIR NICHT HINNEHMEN. AM 17. MAI STIMMEN WIR DARUM NEIN ZUM REVIDIERTEN JAGDGESETZ.

Am Anfang stand der Wolf – beziehungsweise eine Motion, die das Zusammenleben von Wolf und Mensch hätte verbessern sollen. Stattdessen drehte sich die parlamentarische Debatte um geschützte Tierarten, die erleichtert zum Abschuss freigegeben werden sollten. Das Resultat: Die Revision bringt wildlebende Tierarten noch mehr in Bedrängnis. Logisch, dass die SP und verschiedene Naturschutzorganisationen das Referendum ergriffen. Innert Kürze kamen 70 000 (bei Einreichung sogar gegen 100 000) Unterschriften zusammen.

Das Jagdgesetz wird mit JSG abgekürzt. Das «S» steht dabei für Schutz. Jedoch: Statt bedrohte Arten wie Feldhase, Birkhahn, Schneehuhn und Waldschnepfe unter Schutz zu stellen, hat das Parlament aus dem Gesetz ein Abschussgesetz gemacht.

Der Artenschutz wird ausgehöhlt

Mit der Revision werden drei rote Linien überschritten.

Erstens: Neu könnten geschützte Tiere quasi auf Vorrat abgeschossen werden, ohne dass sie vorgängig einen Schaden angerichtet hätten und ohne dass Präventionsmassnahmen ergriffen worden wären. Die mini-



Ursula Schneider Schüttel,
Nationalrätin FR, Präsidentin
von Pro Natura

male Voraussetzung für die Freigabe zum Abschuss bestand bislang darin, dass die Betroffenen – etwa Landwirte oder Viehhalter – zuvor gewisse zumutbare Schutzmassnahmen ergriffen hatten, also Zäune errichtet oder Herdenschutzhunde eingesetzt hatten.

Zweitens könnte mit der Revision jeder Kanton künftig selbst über die Regulierung von Beständen geschützter Tiere entscheiden. Damit droht ein kantonal unterschiedlicher Umgang mit geschützten Tierarten. Bislang war der Bund für den Artenschutz zuständig (Art. 78 Bundesverfassung).

Vom Biber zum Wolf

Drittens: Der Bundesrat kann jederzeit weitere geschützte Tierarten auf die Abschussliste setzen, also auf die Liste der regulierbaren Arten. Neben dem Wolf sind dies Biber, Luchs, Fischotter und fischfressende Vögel wie Graureiher oder Gänsesäger, aber auch der Höckerschwan oder die Graugans, die im Falle eines solchen Beschlusses einfacher abgeschossen werden könnten. Die Befürchtung ist gross, dass der Bundesrat in gewissen Fällen starkem politischem Druck nachgeben würde. Und dies, ohne

dass das Parlament oder die Stimmbevölkerung mitreden könnten.

Ein solch einseitiges Gesetz wollen wir nicht. Das Parlament kann ein ausgewogenes Gesetz schaffen, das einerseits wildlebende Tiere schützt und andererseits eine pragmatische Regulierung dort ermöglicht, wo sie notwendig ist. Mit einem Nein am 17. Mai stoppen wir dieses Abschussgesetz.

DARUM GEHT'S

Bislang dürfen geschützte Tiere wie Wolf oder Bär bloss zum Abschuss freigegeben werden, wenn vorgängig ein Schaden entstanden ist und die Tierhalter Präventionsmassnahmen ergriffen haben. Diese Bestimmung fällt mit dem revidierten Jagdgesetz dahin. Die Bewilligungspraxis für die Bestandesregulierung soll zudem kantonalisiert werden – es droht ein föderalistischer Wirrwarr. Die SP hat darum mit den Naturschutzorganisationen das Referendum ergriffen. Stoppen wir dieses Abschussgesetz am 17. Mai an der Urne mit einem deutlichen Nein!

Preisgünstige Wohnungen müssen zuoberst auf der politischen Agenda bleiben

NACH DER ABLEHNUNG DER EIDGENÖSSISCHEN WOHNINITIATIVE BLEIBT DER HANDLUNGSBEDARF FÜR MEHR PREISGÜNSTIGEN WOHNRAUM IN DEN ZENTREN UND AGGLOMERATIONEN UNVERÄNDERT GROSS. DIE PRÄSIDENTIN DES BERNER MIETERINNEN- UND MIETERVERBANDS ZEIGT AUF, WELCHE MASSNAHMEN ES NUN IM KANTON BERN BRAUCHT.



Marieke Kruit,
Präsidentin Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern, Gemeinderatskandidatin SP Bern

Fast 60 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben zur Miete, und die Miete ist mit Abstand der grösste Ausgabenposten im Haushaltsbudget. Trotzdem wurde am 9. Februar 2020 die eidgenössische Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» mit 57 Prozent der Stimmen abgelehnt. Das Resultat ist angesichts der millionenschweren Gegenkampagne der Immobilienlobby und der vielen Falschinformationen beachtlich.

Die Zustimmung in zahlreichen Städten, Gemeinden und den fünf Kantonen Waadt, Genf, Basel-Stadt, Neuenburg und Jura zeigt, dass ein bedeutender Anteil der Schweizer Bevölkerung Handlungsbedarf sieht und verstärkte Massnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum befürwortet. Vor allem dort, wo die Wohnungsnot am grössten und der

Wohnungsmarkt zunehmend überhitzt ist. Bern und Köniz sind bereits aktiv geworden. In beiden Gemeinden wurden kommunale Wohninitiativen deutlich angenommen. Als Nächstes kommt die Gemeindeinitiative «Bezahlbares Wohnen in Muri-Gümligen» zur Abstimmung. Weitere Städte und Gemeinden werden hoffentlich folgen. Unsere Unterstützung ist ihnen sicher.

Mehr Transparenz bei den Mietzinsen

Die Probleme müssten auf lokaler Ebene gelöst werden, war ein Argument der Gegnerschaft. Wir nehmen sie beim Wort. Es müssen nun – auch im Kanton Bern – Taten folgen. Es braucht weitere Massnahmen, um bezahlbare Wohnungen zu erhalten und zu schaffen.

Wohnungswechsel führen regelmässig zu höheren Mieten; insbesondere dort, wo Wohnungsnot besteht. Vor allem städtische Gebiete sind davon betroffen. Rasch umsetzbar wäre im Kanton Bern beispielsweise die Einführung der Formularpflicht für die Offenlegung der Vormiete. Die Mehrheit des Grossen Rates und auch die bernische Regierung haben es letztes Jahr leider verpasst, hier mehr Transparenz zu schaffen und die Entwicklung der Mietzinse präventiv zu beein-

flussen. Dies ist kurzsichtig. Die Erfahrungen in den Kantonen Basel-Stadt, Freiburg, Genf, Neuenburg, Nidwalden, Waadt, Zug oder Zürich zeigen nämlich deutlich auf, dass diese Massnahme einen dämpfenden Effekt hat. Dort sind die Vermietenden verpflichtet, den Mietenden bei Wohnungsknappheit den Anfangsmietzins mit einem amtlichen Formular bekanntzugeben. Die bernische Regierung und auch der Grosse Rat müssen hier umdenken. Denn es darf nicht sein, dass Familien und Leute mit kleinem bis mittlerem Einkommen aus den Zentren verdrängt werden.

Vorkaufsrecht für Grundstücke des Bundes

Mit der Annahme der eidgenössischen Wohninitiative wäre den Kantonen und Gemeinden auch ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke des Bundes oder bundesnaher Betriebe eingeräumt worden. Das bleibt eine wichtige Massnahme. Sowohl der Bund als auch der Kanton Bern müssen hier ihre gängige Praxis überdenken und anpassen. Die Immobilien sollten maximal zum Schätzwert veräussert werden. Entsprechende Vorstösse dazu sind auf kantonaler und kommunaler Ebene hängig.

Zudem bleibt das Mietrecht unter Druck. Im nationalen Parlament sind mehrere Vorstösse der Immobilienlobby hängig, welche die Rendite vervielfachen oder den Schutz der Mieterinnen und Mieter weiter abbauen wollen. Der Mieterinnen- und Mieterverband wird sich mit aller Kraft gegen die Aushöhlung des Mietrechts zur Wehr setzen.

Agenda 2023: Basis stärken – Debatte prägen

AM PARTEITAG IN HITZKIRCH BESUCHTEN UNS NICHT NUR DIE ANWÄRTER*INNEN FÜR DAS PRÄSIDIUM DER SP SCHWEIZ. DIE DELEGIERTEN VERABSCHIEDETEN AUCH DAS ARBEITSPAPIER «AGENDA 2023». DARIN ZIEHEN WIR BILANZ SEIT 2015 UND KONKRETISIEREN DIE NÄCHSTEN SCHRITTE FÜR DIE ENTWICKLUNG UNSERER PARTEI.

Die SP Kanton Luzern konnte ihren Mitgliederbestand in den vergangenen vier Jahren von 780 auf 1150 Mitglieder erhöhen und ist damit die am stärksten wachsende Kantonalpartei der Schweiz. Mit Neuenkirch, Malter und Mauensee konnten drei neue Sektionen gegründet werden. Mit dem Anstieg der Mitgliederzahlen sind auch die verfügbaren finanziellen Mittel gewachsen.

Die Grundlage unseres Erfolges in allen Teilen des Kantons bilden unsere Ortssektionen. Sie gilt es zu stärken. Noch 2020 werden wir eine eigene Projektstelle zur Unterstützung der Sektionen schaffen. Bestehende Sektionen sollen in ihren Projekten begleitet werden. Weitere Sektionsgründungen werden angestrebt. Weiter wollen wir das Spendenmanagement professionalisieren und unsere Zusammenarbeit mit den befreundeten Organisationen (JUSO, SP Frauen*, SP 60+, SP Migrant*innen) intensivieren.

Debatte prägen

Die vergangene Legislatur war geprägt von den Debatten über die kantonale Steuerpolitik und die Abbaumassnahmen der bürgerlichen Mehrheit. Der SP Kanton Luzern ist es gelungen, sich als führende Kraft in der Opposition gegen diese Politik zu positionieren.

Sehr hohe Aufmerksamkeit erlangte der Sieg vor Bundesgericht in der Frage der Prämienverbilligungen.

In den kommenden Jahren ist entscheidend, dass die SP ihre Themenführerschaft in Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand behält. Weiter muss die SP aber auch ihre Position als fortschrittliche Kraft in gesellschafts- und gleichstellungspolitischen Fragen akzentuieren. Die SP unterstützt den

«Wir wollen mit der SP eine anwaltschaftliche Funktion für Personen mit kleinem und mittlerem Einkommen wahrnehmen.»

ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und ist dabei eine treibende Kraft auf kommunaler und kantonaler Ebene.

Wir wollen mit der SP aber auch eine anwaltschaftliche Funktion für Personen mit kleinen und mittleren Einkommen wahrnehmen. In den kommenden Monaten prüfen wir Projekte zur Verbesserung der Prämienverbilligung für Einzelpersonen und zur Unterstützung der Bürger*innen beim Krankenkassenwechsel.

Abstimmungen und Mandate gewinnen

Die SP führte in den vergangenen Jahren engagierte Abstimmungs- und Wahlkämpfe. Besonders zu erwähnen sind die Initiativen für faire Unternehmenssteuern, bezahlbaren Wohnraum und zahlbare Krankenkassenprämien. Bei den kantonalen Wahlen vom Frühling 2019 erreichten wir einen historischen Höchststand von 19 Sitzen im Parlament.

Vorrangig bleibt natürlich unser Ziel, wieder einen Sitz im Regierungsrat zu erlangen. Wir sind so aufgestellt, dass wir jederzeit in einen Regierungsratswahlkampf steigen könnten. Die Kampagnen für die kantonalen und eidgenössischen Wahlen 2023 werden frühzeitig geplant. Die Methoden der Basiskampagne sollen in Zusammenarbeit mit der SP Schweiz weitergeführt und weiterentwickelt werden.

*Sebastian Dissler,
Parteisekretär SP Kanton Luzern*



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
LUZERN**



SCHWEIZER IN KONZENTRATIONSLAGERN DER NAZIS

Von der Schweiz verlassen

VON DER SCHWEIZ IM STICH GELASSENE SCHWEIZERINNEN UND SCHWEIZER – LINKE, JÜDINNEN UND JUDEN, ZEUGEN JEHOVAS, HOMOSEXUELLE, WIDERSTANDSKÄMPFER*INNEN –, DIE IN DEN KONZENTRATIONSLAGERN DER NATIONALSOZIALISTEN VERSCHWANDEN, WURDEN BISHER VON DER GESCHICHTSSCHREIBUNG NICHT BEACHTET. DREI AUTOREN GEDENKEN NUN IN WORT UND BILD DER VERGESSENEN OPFER UND LEISTEN DAMIT EINEN WICHTIGEN BEITRAG ZUR SCHWEIZER GESCHICHTE DER NAZIZEIT UND GEGEN DAS VERGESSEN. EIN ÄUSSERST LESENSWERTES BUCH.

Sie waren auch Opfer der Schweizer Appeasement-Politik, deren höchstes Ziel das gute Einverständnis mit den Achsenmächten war. Denn, so die Autoren des Buchs, «Letzten Endes (...) akzeptierte die Schweizer Regierung die Diskriminierung ihrer jüdischen Staatsbürger in Frankreich und den anderen besetzten Gebieten praktisch widerstandslos.» In elf Porträts und einer kommentierten Auflistung von 391 Schweizerinnen und Schweizern in Konzentrationslagern, in einem analytischen und einem statistischen Teil wird diese Geschichte vorgestellt –, eine Geschichte, der die Bergier-Kommission, so die Autoren, mangels Ressourcen nicht mehr nachgegangen ist. Zwei Beispiele:

Schweizerin durch Heirat, von Frankreich nach Auschwitz verschleppt und ermordet

Die Jüdin Marcelle Foks heiratet 1940 in Royan nahe Bordeaux den aus dem Tessin stammenden Schweizer Jean Giudici und wird so Schweizerin. Die Tanzlehrerin Giudici-Foks muss ihre Tanzschule in der von den Deutschen besetzten Gegend schliessen. Ihr Gatte beschwert sich beim Schweizer Konsulat in Paris, aber dieses unternimmt nichts. Die Deutschen drohen mit Deportation der Juden. Gegen Ende Januar 1943 verlässt ein Schweizer Rettungskonvoi Royan in Richtung Schweiz, aber die soeben Mutter gewordene



Albert Mülli (79) mit seinen Häftlingskleidern im Jahr 1995.

Marcelle Giudici ist nicht dabei. Ins Landesinnere vertrieben, wird sie am 31. Januar 1944 verhaftet und über Paris nach Auschwitz deportiert. Sie ist nicht unter den 42 Überlebenden des 1500 Menschen umfassenden Transports.

Ein Zürcher Sozialdemokrat in Dachau

Im November 1938 fährt der 22jährige arbeitslose Sanitär- und Heizungsmonteur, SP-Mitglied und Gewerkschafter Albert Mülli nach Wien, wo er einem Genossen einen Koffer übergeben soll. Österreich ist seit März 1938 deutsch. Als Albert Mülli die Werkstatt des Wiener Genossen betritt, wird er von der Gestapo verhaftet. Im Koffer Müllis werden kommunistische Flugschriften gefunden. Das Schweizer Generalkonsulat in Wien erkundigt sich immer wieder nach Albert Mülli, während die Berner Behörden mehr Interesse an den Flugblättern und Müllis «Hintermännern» zeigen und mit der Wiener Gestapo «bestens», so die Autoren, zusammenarbeiten. Die Berichte über ihn werden in eine Staatsschutzakte gegeben, Mülli wird, wieder in der Schweiz, noch lange vom Staatsschutz observiert. Nach seinem Prozess in Wien und der Verbüßung der Strafe kommt er in «Schutzhaft» und wird ins KZ Dachau überstellt. Als Sanitär- und Heizungsfachmann wird er von den Nazis vielfach gebraucht, was ihm wohl das Leben gerettet hat. Im April 1945 wird Mülli von US-Truppen befreit. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz fordern ihn die Behörden auf, für die letzten sechs Jahre Militärsteuer nachzuzahlen. Die Arbeitsuche ist für den früheren Häftling schwierig. Bei einer jüdischen Firma in Zürich findet er dann eine Stelle. 1989 umfasst seine Fiche 89 Seiten. Albert Mülli wurde SP-Kantonsrat. Er legte bis ins Alter Zeugnis von seinen Haftjahren ab. Im Alter dement, quälten ihn die Erinnerungen an Dachau.

Katharina Kerr ist Redaktorin von links.ag.

Balz Spörri, René Staubli, Benno Tuchschnid: Die Schweizer KZ-Häftlinge. Vergessene Opfer des Dritten Reichs. Zürich 2019. 400 Seiten. Fr. 48.–

KOMMENTAR



Ja zu zeitgemässen Führungsstrukturen

Die Neuorganisation der Führungsstrukturen ist weder eine Abbauvorlage noch eine Sparübung, sondern ein längst überfälliger Schritt zur Vereinfachung unseres schwerfällig gewordenen Führungssystems und somit eine klare Verbesserung für die Schule insgesamt. Die professionellen Schulleitungen führen nämlich schon seit 14 Jahren, zusammen mit den Schulverwaltungen, faktisch den ganzen operativen Bereich der Schule. Der Schulpflege verbleiben noch strategische Aufgaben, die genauso gut vom demokratisch gewählten Gemeinderat übernommen werden können. Für die Schulleitungen wird der Aufwand reduziert, da sie nur noch mit einer Behörde zusammenarbeiten. So entfallen heutige Doppelspurigkeit und Kompetenzstreitigkeiten, die immer wieder viel Zeit und Energie kosten. Je nach Gemeinde kann der Gemeinderat per Reglement verschiedene Entscheide wie Urlaubs- und Dispositionsentscheide, die Organisation freier Schulhalbtage, Disziplinententscheide, organisatorische Zuteilungen oder Laufbahnentscheide an die Schulleitung delegieren. Dies ermöglicht sinnvolle Lösungen, die auf die Bedürfnisse der Schule vor Ort abgestimmt sind. Zusätzlich kann der Gemeinderat eine Schulkommission mit beratender Funktion wählen. Der Grosse Rat hat der Verfassungsänderung mit 105:25 und der Schulgesetzänderung mit 107:24 Stimmen, die SP Fraktion mit 20:6 Stimmen, zugestimmt. Als einer, der seit 36 Jahren an der Volksschule unterrichtet und sich immer für sie stark macht, empfehle ich aus Überzeugung 2 x Ja zu zeitgemässen Führungsstrukturen.

www.zeitgemaesse-schulfuehrung-ja.ch

Thomas Leitch von Wohlen ist Oberstufenlehrer und SP-Grossrat.

Flughafen – quo vadis?

DER KLIMAWANDEL IST REAL. ER BEEINFLUSST UNSER WETTER UND FÜHRT DAZU, DASS EXTREME SITUATIONEN SICH HÄUFEN. DESHALB MÜSSEN WIR DIE TREIBHAUSGASEMISSIONEN MASSIV REDUZIEREN. IN DER SCHWEIZ IST DER FLUGVERKEHR DER AM SCHNELLSTEN WACHSENDE VERURSACHER VON TREIBHAUSGASEN. ES ÜBERRASCHT DESHALB NICHT, DASS DER EUROAIRPORT (EAP) 2019 MIT MEHR ALS 9 MIO. FLUGGÄSTEN DEN NEUNTEN PASSAGIERREKORD IN FOLGE ERZIELTE. ENTSPRECHEND HAT DER FLUGLÄRM ZUGENOMMEN, WAS DIE ANWOHNER*INNEN ZU HÖREN BEKOMMEN.



Désirée Jaun (Landrätin, SP BL) und Benjamin Plüss (Co-Präsident der Sachgruppe Stadtentwicklung der SP BS)

Gleichzeitig ist der EuroAirport mit über 6300 Arbeitsplätzen ein grosser Arbeitgeber für die Region. Die internationale Erreichbarkeit ist für den Wirtschaftsraum Basel ein wichtiger Standortfaktor. Im Spannungsfeld zwischen Umweltschutz, Ruhebedürfnis der Anwohner*innen und dem Flughafen als bedeutendem Arbeitgeber gibt es keine einfachen Lösungen, welche allen Bedürfnissen gerecht werden.

Zudem sind die Handlungsspielräume beider Basler Kantone begrenzt. Einerseits liegt der EAP auf französischem Boden und untersteht deshalb dem EU-Recht. Andererseits ist in der Schweiz der Bund für den Luftverkehr zuständig. Trotz starker Beteiligung stellen die beiden Basel bloss wenige Delegierte in den entscheidenden Gremien.

Die SP in Stadt und Land beschäftigt sich schon länger mit dem Luftverkehr – nicht immer mit der gleichen Gewichtung. Die SP Baselland anerkennt die Bedeutung des EuroAirports, doch sie setzt sich schon seit Jahren für geringere Lärmbelastungen ein. Sie verlangt die Optimierung der Flugrouten – diese sollen über weniger dicht besiedeltes Gebiet führen – sowie eine

Verlängerung der Nachtflugsperrre von 23 bis 6 Uhr.

Kurswechsel bei Nachtflugsperrre

Die Positionierung der SP Basel-Stadt zum Flughafen war lange unklar. Noch im Mai 2019 hat die Fraktion, zur Verwunderung vieler Basismitglieder, einen Vorstoss zur Verlängerung der Nachtflugsperrre abgelehnt. Im Positionspapier, welches an der DV vom 20. Januar 2020 verabschiedet wurde, fordert die SP Basel-Stadt nun eine Beschränkung des Passagierwachstums am EAP. Der Flughafen soll neu eine verlängerte Nachtflugsperrre von 23 bis 6 Uhr einhalten. Zusätzlich sollen mit einer begrenzenden Lärmkurve und einem Lärmschutzfonds die Lärmemissionen für die Anwohner*innen weiter reduziert werden. Eine Gebührenerhöhung soll zudem Massnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Flughafenbetrieb und in der Gebäudetechnik finanzieren.

Durch Kostenwahrheit bei den Flugpreisen muss das Fliegen unattraktiver werden. Dafür sind auf nationaler Ebene dringend die Besteuerung des Kerosins sowie eine Lenkungsabgabe auf Flugzeu

glets einzuführen. Der Bahnanschluss des EAP ist für die SP Basel-Stadt eng mit dem Herzstück und der Einbindung von Mulhouse ins S-Bahn-Netz verbunden. Deshalb spricht sich die SP Basel-Stadt unter bestimmten Voraussetzungen für den Bahnanschluss aus.

Bahnanschluss ja oder nein?

Für die SP Baselland haben andere ÖV-Projekte wie z.B. die Erschliessung von Entwicklungsgebieten und das Herzstück Priorität. Einen Bahnanschluss des EAP lehnt sie ab. Das umweltschädliche Fliegen soll nicht durch bessere und vordergründig umweltschonende Erreichbarkeit unterstützt werden.

Alle sind gefordert: die Fraktionen und die Regierungsrät*innen der beiden Kantone, die nationale Politik sowie die Fluggesellschaften und die Transportunternehmen, aber auch der EAP selbst. Nur gemeinsam kann sich der EAP zu einem Flughafen entwickeln, welcher die Bedürfnisse der trinationalen Region abdeckt, dem Klimawandel Rechnung trägt und die Anwohner*innen nicht übermässig belastet.



Mit der 13. AHV-Rente Gegensteuer geben

NACH EINEM LANGEN ARBEITSLIBEN HABEN ALLE DAS RECHT AUF EINEN ANSTÄNDIGEN LEBENSABEND, UNABHÄNGIG DAVON, OB SIE LOHNDARBEIT ODER UNBEZAHLTE CARE-ARBEIT LEISTETEN. DOCH DIE RENTEN SIND IN DEN LETZTEN ZEHN JAHREN GESUNKEN. BESONDERS BETROFFEN SIND FRAUEN. DARUM BRAUCHT ES EINE 13. AHV-RENTE.

Die Hälfte der Menschen, die im Jahr 2017 in Rente gingen, müssen mit weniger als 1777 Franken AHV-Rente auskommen. Viele von ihnen, vor allem viele Frauen, haben auch keine oder nur eine kleine Pensionskassenrente. Sie gehören darum zu den mehr als 200 000 Personen im Rentenalter, die auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind. Fast 10 Prozent der frisch Pensionierten sind darauf angewiesen. Darum ist uns schon länger klar: Die AHV-Renten müssen erhöht werden.

Die 13. AHV-Rente ist wirksam und bringt eine Rentenerhöhung um 8,33 Prozent. Immerhin. Und ganz wichtig: Alle Rentnerinnen und Rentner haben Anrecht auf eine 13. AHV-Rente. Sie darf nicht zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen führen.

Für Frauen ist die 13. AHV besonders wichtig

Die Geschlechterdifferenz und die Ungleichheit nehmen im Alter zu. Auffallend viele Frauen sind im Alter von Ergänzungsleistungen abhängig, weil ihre kleinen Renten nicht ausreichen. Denn sie haben überdurchschnittlich häufig in schlecht bezahlten Berufen gearbeitet. Frauen, die in der beruflichen Vorsorge Lücken aufweisen oder über gar



Barbara Cysi,
Nationalrätin SG

keine Rente verfügen, etwa weil sie Betreuungspflichten wahrnahmen und deshalb Teilzeit arbeiteten, sind im Alter noch schlechter gestellt. Die hohen Mieten und die Krankenkassenprämien treffen diese Rentnerinnen besonders hart.

Die Renten sinken seit Jahren

Mit einer Erhöhung der AHV in Form einer 13. Rente ist zumindest ein wichtiger Schritt getan. Denn für die Mehrheit der Frauen ist die AHV die zentrale Einnahmequelle. Dank den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften werden diese unbezahlten Tätigkeiten in der AHV auch rentenbildend angerechnet.

Die Initiative ist auch eine Antwort auf die sinkenden Einkommen im Rentenalter. Die Pensionskassenrenten befinden sich seit Jahren im Sinkflug: Die Verluste betragen seit 2005 real 8 Prozent. Da ist der Zustupf einer 13. AHV-Rente nicht nur willkommen, sondern bitter nötig.

Die Kosten von rund 4 Milliarden für die 13. AHV-Rente sind problemlos finanzierbar. Sie entsprechen Lohnbeiträgen von insgesamt 0,7 Lohnprozenten. Noch besser ist eine Finanzierung durch Überschüsse der Schweizerischen Nationalbank. Überschüsse, die nicht zuletzt dank Negativzinsen zustande kommen.

Während die Rechten einen Abbau bei der AHV und eine Erhöhung des Rentenalters fordern, geben wir mit dieser Initiative Gegensteuer.

AHV x13

UNTERSCHREIBE JETZT!

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat Anfang März die Volksinitiative für die 13. AHV-Rente lanciert. Der Initiativtext ist kurz und klar. Es gibt einen Anspruch auf einen zusätzlichen Zwölftel der jährlichen Altersrente. Der Zuschlag darf nicht zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen führen.

Präsidium und Geschäftsleitung der SP Schweiz unterstützen das Anliegen, und am Parteitag wollen wir den Unterstützungsbeschluss formell fällen. Die SP Schweiz beteiligt sich an der Unterschriftensammlung.

Bitte unterzeichne die beiliegende Karte oder unterschreibe unter bit.ly/13xAHV-SP

Teures Fleisch aus billigen Bohnen

WOLLEN WIR DIE KLIMAERHITZUNG EINDÄMMEN, KOMMEN WIR NICHT DARUM HERUM, WENIGER FLEISCH- UND MILCHPRODUKTE ZU ESSEN. UNSERE ERNÄHRUNG IST FÜR EIN DRITTEL DER KLIMA-EMISSIONEN VERANTWORTLICH. DOCH SCHMECKT DAS FLEISCH AUS ERBSENMEHL? WIR HABEN DEN TEST GEMACHT. Pia Wildberger

«Das sieht ein bisschen aus wie Hundefutter», meint die Kollegin mit Blick auf den Hamburger der Marke «Beyond Meat», der eben aus der Plastikfolie geschält wird. In der Bratpfanne brutzelt schon das Konkurrenzprodukt von «Next Level Meat». Ketchup, Gurken und Hamburger-Brötchen stehen bereit. Zehn Kolleginnen und Kollegen sitzen erwartungsvoll rund um den grossen Sitzungstisch im Zentralsekretariat, bereit zur Verkostung der Falsch-Fleisch-Kreationen auf Pflanzenbasis. Bis auf eine Person geniessen alle sonst ab und an ein gutes Stück Fleisch.

Geschmacklich wird «Beyond Meat» schlussendlich mithalten können. Bloss das Produkt von Garden Gourmet fällt im Gaumentest komplett durch. «Da bleibe ich beim Gemüseteller», so das Fazit einer Kollegin. Optisch kommt «Next Level Meat» dem echten Fleisch in der Bratpfanne ziemlich nahe. Der

Film über proteinreiche Ernährung auf pflanzlicher Basis: The Game Changers, mit deutschen Untertiteln auf Netflix

Rezepte: planted.ch/cookbook

Randensaft tropft aus den Buletten und vermittelt die Illusion von echtem Fleisch. Ausser Konkurrenz fliegt «Planted chicken» aus Zürich. Das Hühnergeschnetzelte schmeckt «wie echt», finden etliche Kollegen. «Besonders mit Sauce.»

Die Herstellung von Tier-Fleisch ist darum so belastend fürs Klima,

weil viel Land, Wasser und Futter benötigt werden und die Tiere selbst grosse Mengen des Klimagases Methan ausstossen. Zahlen machen dies augenfällig: Ein Kilo Rindfleisch verursacht 16,8 Kilogramm CO₂, ein Kilo Linsen mit ähnlichem Proteingehalt hingegen bloss 680 Gramm. Weniger ins Gewicht fallen Verpackung und Transport.

Tesla-Strategie fürs Essen

Doch warum ist klimaschonendes Essen so teuer? Offensichtlich fah-

ECKPUNKTE DES NEUEN CO₂-GESETZES

Diese Woche hätten der Nations- und Ständerat über das CO₂-Gesetz entscheiden sollen. Damit will die Schweiz die Verpflichtungen aus dem Klimaabkommen von Paris umsetzen und den CO₂-Ausstoss bis 2030 im Vergleich zu 1990 halbieren. Mindestens 60 Prozent der Reduktion soll im Inland erfolgen.

Die vorberatende Kommission des Nationalrats sprach sich für die Öffnung eines Klimafonds über Autoimport- sowie Flugticketabgaben aus. Ausdrücklich sollen mit den Fondsmitteln alternative Flugtreibstoffe entwickelt und Nachtzüge gefördert werden können. Benzin soll sich um maximal 8 bis 12 Rappen verteuern. Für den Ersatz von Ölheizungen soll eine Übergangsfrist bis 2026 gelten.


 Michael Sorg,
Co-Generalsekretär
der SP Schweiz

ren Hersteller und Händler die Tesla-Strategie: Die Produkte werden im oberen Preissegment positioniert, denn eine klimasensible Kundschaft mit einem Faible für technischen Fortschritt ist offenbar in der Lage und bereit, das Doppelte für einen Hamburger zu bezahlen. Um die Klimaerhitzung wirkungsvoll zu bekämpfen, sollten aber gerade solche Produkte für alle erschwinglich sein.

Ein Burger von Beyond Meat kostet in der Migros beispielsweise satte 68 Prozent mehr als ein klassischer Hamburger. Die Migros lässt verlauten, bei solchen Nischenprodukten seien «das technologische Know-how, die Verfahrensweisen sowie die Rohstoffpreise» zentral. Mit Verlaub: Das Gelberbsenmehl, das die Basis der Ersatzprodukte bildet, wird weltweit in ausreichender Menge angebaut. Engpässe gibt es allenfalls in der Verarbeitung zu Mehl, wie die Financial Times recherchierte. Was Technik und Verfahren betrifft: Beyond Meat existiert seit 2009 und brachte die Hamburger 2012 auf den Markt – genug Zeit, um die Verfahren zur Massenmarktreife zu bringen.

Glaubwürdiger ist da «Planted Chicken», ein Zürcher ETH-Start-

up, das seit Anfang Jahr Poulet-geschnetzeltes aus Erbsenmehl anbietet: Nach dem anstehenden Umzug aus dem Labor in eine Fabrik dürften die Produktionsprozesse effizienter gestaltet und die Produktionsmenge erhöht werden können. Virginia Beljean von Planted Chicken: «Mit mehr Automatisierung und grösseren Mengen sollten wir mittelfristig auch den Preis senken können.»

Gut fürs Portemonnaie, gut für den Gaumen, gut fürs Klima.

«Mit mehr Automatisierung und grösseren Mengen sollten wir mittelfristig auch den Preis senken können.»

Virginia Beljean von Planted Chicken

DAS KLIMA-FLEISCH IM TEST

	Next Level Meat Lidl	Planted Chicken Coop	Beyond Meat Migros	Garden Gourmet Coop
Geschmack*	25	20	17	9
Konsistenz*	24	16	19	12
Aussehen*	26	21	16	12
Total	75	57	52	33
Preis Doppel-pack Klima-Hamburger	Fr. 3.95		Fr. 8.40	Fr. 6.95
Klimaprodukt Preis pro 100g	Fr. 1.74	Fr. 3.97	Fr. 3.70	Fr. 3.06
Fleisch-produkt** Preis pro 100 g	Fr. 1.38	Fr. 3.33	Fr. 2.20	Fr. 2.90
Preisdifferenz	+ 26%	+ 19%	+ 68%	+ 5%

*Die Testesserinnen und Testesser vergaben pro Kategorie und Produkt maximal 3 Punkte

**Vergleichsprodukt vom gleichen Händler

Wir sehen uns im Herbst

Am Anfang machten wir noch Witze über das neue Virus in China und dachten uns nicht viel dabei. Danach hatten wir – noch immer leicht belustigt – Mitleid mit den Passagieren, die in Japan auf dem Kreuzfahrtschiff in Quarantäne festsaßen. Doch spätestens als sich das Coronavirus in Norditalien unkontrolliert verbreitete, war uns das Lachen vergangen. Und seit den ersten Corona-Fällen in der Schweiz spüren wir die Folgen ganz direkt und unmittelbar. Auch als Partei, denn der Parteitag vom 4. und 5. April in Basel kann nicht durchgeführt werden.

Dabei war alles angerichtet: 950 Delegierte, 250 Gäste, ein riesiges Medieninteresse, ausgezeichnete Kandidatinnen und Kandidaten, öffentliche Hearings in allen Ecken der Schweiz – man spürte förmlich, wie das Kribbeln von Tag zu Tag zunahm. Nun ist die Luft erst mal draussen, der Parteitag auf den Herbst verschoben. Bei aller Enttäuschung: Natürlich ist die Verschiebung eines Parteitags eine Lappalie, wenn Menschen ihre Gesundheit oder ihre wirtschaftliche Existenz verlieren.

Und doch ist die Verschiebung hart für die Kandidierenden, die nun noch weitere Monate im Ungewissen verharren und ihren Wahlkampf im Herbst neu starten müssen. Sie ist mühsam für die Mitarbeitenden im Zentralsekretariat, die Zusatzschichten leisten müssen. Sie ist frustrierend für die Verfasserinnen und Verfasser des Positionspapiers zur Alterspolitik, das nun nicht behandelt wird. Sie ist lästig für Christian Levrat, der seine Veloferien verschieben und vorläufig Parteipräsident bleiben muss. Und natürlich ist die Verschiebung eine Enttäuschung für die Delegierten, die sich auf einen unvergesslichen Wahlparteitag gefreut haben.

Doch das Gute daran ist: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Ich bin überzeugt, dass der Parteitag auch ein paar Monate später spannende Debatten, grosse Emotionen und würdige Ergebnisse hervorbringen wird. Wir sehen uns im Herbst!

SP-Stiftung für politische Bildung ist gestartet



Schweizerisches Sozialarchiv

DIE ANNY-KLAWA-MORF-STIFTUNG NIMMT ALS LINKE POLITISCHE STIFTUNG IN DER SCHWEIZ EINE PIONIERROLLE EIN. NUN PRÄSENTIERT SIE ERSTE AKTIVITÄTEN FÜR DAS LAUFENDE JAHR.

Von den Mitgliedern des Stiftungsrats: Josiane Aubert, Eric Nussbaumer, Peter Schmid-Scheible, Silva Semadeni und Jakob Tanner

Seit ihren Anfängen sah und sieht die Sozialdemokratie in der Aufklärung breiter Bevölkerungsschichten die Grundlage für eine demokratische Gesellschaft. Mit der Anny-Klawa-Morf-Stiftung hat die SP Schweiz nun eine parteinahe, aber unabhängige politische Einrichtung geschaffen, die sich dieser Aufgabe widmet. Ihr Name erinnert an die Zürcher Sozialistin und Frauenrechtlerin Anny Klawa Morf, und sie gehört zur Familie der progressiven politischen Stiftungen in Europa, die im europäischen Netzwerk FEPS zusammengeschlossen sind.

Die Stiftungsdichte in der Schweiz ist zwar hoch, doch im Bereich der politischen Bildung ist davon nichts zu spüren. Die neue Institution spielt deshalb eine Pionierrolle. Dies im Wissen darum, dass gerade in einer direkten Demokratie die grossen Herausforderungen der Zukunft – ökologische Krise, Sicherung des Sozialstaates, neue Technologien, Verhältnis zur EU, um einige Beispiele zu nennen – nur dann erfolgreich angegangen werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger gut informiert sind.

Bildung für alle

Die Bildungsangebote der Anny-Klawa-Morf-Stiftung stehen trotz der klaren sozialdemokratischen Wertehaltung allen offen. Wir wenden uns auch an Menschen, die sich nicht parteipolitisch engagieren, sondern ganz einfach mit aktuellen Fragen auseinandersetzen wollen.

Da die Schweiz keine öffentlichen Mittel für solche Einrichtungen vorsieht, finanziert sich die Stiftung durch Beiträge der Privatwirtschaft sowie von Einzelpersonen. Der Stiftungsrat arbeitet ehrenamtlich. Die Stiftung nimmt nur Geld an, das an keine Auflagen gebunden ist. Zudem werden

die Finanzquellen im Jahresbericht veröffentlicht. Auf diese Weise wird die Unabhängigkeit gesichert, die gerade für eine kritische Stiftung unabdingbar ist.

Thematisch ist die Stiftung mit den drei Gebieten «Gegenwart verstehen», «Demokratie stärken» und «Zukunft gestalten» breit aufgestellt. Sie will dem utopischen Denken der Linken, das in der tagespolitischen Kleinarbeit zu oft auf der Strecke bleibt, neuen Schwung verleihen.

Büchertipps und erste Aktivitäten

Bereits verfügt die Anny-Klawa-Morf-Stiftung über eine Website, auf der unter anderem Empfehlungsvideos zu aktuellen Büchern zu sehen sind. In diesem Jahr werden in Solothurn die erste Europannacht, in Basel ein Filmabend mit anschliessender Diskussion und in Bern am Global Forum on modern Democracy ein Workshop stattfinden. Zusätzlich werden das Thema «Krise der Sozialdemokratie – Krise der Freiheit?» und das dazugehörige Buch im Rahmen einer Veranstaltungsreihe an verschiedenen Orten in der Schweiz diskutiert. Dieses Jahr wird der Stiftungsrat eine erste mehrjährige Strategie erarbeiten.

Gemessen an den Herausforderungen, vor denen auch die schweizerische Demokratie steht, ist das nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Es ist allerdings wichtig, dass die Sozialdemokratie im Feld der politischen Bildung vorangeht. Und damit jene demokratischen Kräfte stärkt, die die soziale Gerechtigkeit und die Menschenrechte hochhalten.

Anny Klawa Morf, die Namensgeberin der Stiftung, 1934/35 auf der Baustelle des «Hüsi» in Belp, des Hauses der Kinderfreunde Bern (rote Falken).

Mehr Informationen:
anny-klawa-morf.ch

Zug: Wer wusste von den «Lausch-Buben» der Crypto AG?

WÄHREND DIE GANZE SCHWEIZ ÜBER CRYPTO-LEAKS DISKUTIERT, BLEIBT ES IN ZUG RUHIG. ZU RUHIG. DIE SP DES KANTONS ZUG STÖRT DEN FRIEDEN MIT BOHRENDEN FRAGEN AN DIE ADRESSE DER KANTONSREGIERUNG.

Ob Panama Papers, Luanda-Leaks oder Crypto AG: Die Spur führt nach Zug. Der Kanton stand in den letzten Jahren wiederholt im internationalen Rampenlicht, wenn Datenlecks den Verdacht auf wirtschaftskriminelle Machenschaften im Kanton lenkten. Die Zuger SP verlangte mit Interpellationen vom Regierungsrat immer wieder Auskunft, zuletzt zum Skandal um die Crypto AG, die im Besitz des CIA (und früher auch des deutschen Bundesnachrichtendienstes) war und in Steinhausen Chiffriergeräte herstellte, mit denen die «Lausch-Buben» jahrzehntelang über hundert Staaten abhörten.

Ganz konkret will die SP des Kantons Zug von der Zuger Regierung wissen, «ab wann die Zuger Politik, die Zuger Verwaltung und die Regierung Kenntnis davon hatten, dass fremde Nachrichtendienste Zugang zu Informationen hatten, die über manipulierte Chiffriergeräte der Crypto AG in Steinhausen übermittelt wurden? Was wurde mit diesem Wissen gemacht?» Elf weitere Fragen folgen.

Derweil übt sich die Zuger Regierung in vornehmer Zurückhaltung. Zu den Fragen wolle sie nicht Stellung nehmen, bevor die Interpel-



Barbara Gysel, Kantonsrätin und Präsidentin SP Kanton Zug

lation in den Rat komme, liess die Regierung gegenüber SRF verlauten. Substanzielle Antworten lassen immer noch auf sich warten.

Im ureigenen Interesse der Wirtschaft

Das Schweigen ist kaum nachvollziehbar, steht doch einmal mehr der Standort Zug in der Kritik. Gerade Zug als internationaler Wirtschaftsstandort müsste besonders viel an der Eindämmung von Wirtschaftskriminalität liegen. Rechtsicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind unbestritten gesellschaftlich wertvolle Güter. Sie liegen auch im ureigenen Interesse der Wirtschaft. Die Nachhaltigkeit eines internationalen Wirtschaftsstandorts ist erst gesichert, wenn wirksam, systematisch und glaubwürdig gegen kriminelle Machenschaften vorgegangen wird.

Hinter vorgehaltener Hand geben auch bürgerliche Politiker im Kanton den Interpellanten aus den Reihen der SP recht. Doch es folgen keine Taten. Stattdessen sorgen sich etliche darum, dass die Zuger Wirtschaftslokomotive «Crypto-Valley» nun aufgrund des ähnlichen Namens einen Nachteil erleiden könnte.

Die SP des Kantons Zug zieht jedenfalls zwei Lehren aus der Affäre Crypto AG: Erstens ist eine fundierte Aufarbeitung dringend angezeigt – und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auch auf kantonaler Ebene. Zweitens brauchen wir eine staatliche Verpflichtung zur Compliance. Gleiches darf sich nicht wiederholen!

Der internationale Wirtschaftsstandort ist erst gesichert, wenn wirksam, systematisch und glaubwürdig gegen kriminelle Machenschaften vorgegangen wird.



Hausarbeiterin und Gewerkschafts-Generalsekretärin Milca Martins: «Wie wenn wir kein Recht auf ein eigenes Leben hätten.»

«Die Gewerkschaft hat mein Leben verändert und mich gestärkt»

VON DER ANALPHABETIN ZUR GENERALSEKRETÄRIN: MILCA MARTINS SETZT SICH IN BRASILIEN FÜR BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN EIN. DER SOLIFONDS UNTERSTÜTZT MIT SEINER 1.-MAI-AKTION DEN KAMPF IHRER GEWERKSCHAFT SINDOMÉSTICO FÜR DIE RECHTE DER HAUSARBEITERINNEN. Yvonne Zimmermann

Kannst du uns die Situation der Hausarbeiterinnen in Brasilien beschreiben?

Milca Martins: Viele kommen als Kinder vom Land und arbeiten dann in einem fremden Haushalt. Wir verbringen unser ganzes Leben damit, für andere zu arbeiten, wie wenn wir kein Recht auf ein eigenes Leben hätten. Ich selbst habe mit sieben Jahren zu arbeiten begonnen, aber erst seit wenigen Jahren habe ich einen Vertrag.

Die meisten Hausarbeiterinnen sind schwarze Frauen aus armen Vierteln. Ich selbst fahre anderthalb bis zwei Stunden zum Haushalt, wo ich arbeite. Wir müssen unsere Kinder allein lassen, während wir uns um andere Kinder kümmern. Wir kämpfen deshalb auch für eine öffentliche Kinderbetreuung.

Wie sind die Hausarbeiterinnen vom Kurs der brasilianischen Rechtsaussern-Regierung betroffen?

Aktuell erleben wir einen Abbau der Arbeitsrechte, des Rechts auf eine Rente, der Grundrechte. Unsere Situation wird damit noch prekärer. Wir kämpfen seit langem dafür, dass wir die gleichen Rechte haben wie andere Arbeiterinnen und Arbeiter. Zwar sind diese Rechte per Verfassung und Gesetz

festgeschrieben, aber in der Realität werden sie meist nicht eingehalten, und wir erleiden alle möglichen Formen von Gewalt.

Wie gelangt ihr an die Hausarbeiterinnen? Sie arbeiten ja voneinander isoliert in Privathaushalten.

Wir sprechen sie in ihren Wohnvierteln und an den Bushaltestellen an und geben ihnen unser Informationsbulletin. Wir organisieren Treffen im Gewerkschaftslokal. Unser

Büro ist eine Anlaufstelle für die Frauen, deren Rechte verletzt werden.

Wie bist du persönlich zur Gewerkschaft gekommen?

Ich habe durch eine Gewerkschafterin, die in meinem Viertel wohnt, davon erfahren. Sie sah, dass ich immer sehr früh zur Arbeit ging, und ist auf mich zugekommen. Ich ging daraufhin an ein Treffen der Gewerkschaft. Das hat mein Leben verändert. Dort waren andere schwarze Frauen, alles Hausarbeiterinnen. Ich wurde Mitglied der Gewerkschaft, habe lesen und schreiben gelernt. Jetzt bin ich Führungsperson von Sindoméstico und kämpfe dafür, dass die Rechte von Frauen nicht mehr verletzt werden.

SOLIFONDS

solifonds.ch

KLEIN, ABER WIRKSAM

Der SOLIFONDS stärkt Basisbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien in ihren Kämpfen für soziale Gerechtigkeit – rasch und unbürokratisch. Seine aktuelle 1.-Mai-Aktion widmet er der Hausarbeiterinnengewerkschaft Sindoméstico. In Brasilien arbeiten acht Millionen Menschen in Haushalten der Mittel- und Oberschicht. Die meisten sind afrobrasilianische Frauen. Viele erleben Gewalt und sexuelle Übergriffe, und nur ein Drittel von ihnen ist offiziell angestellt.

Der SOLIFONDS wird getragen von der SP Schweiz, vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB, von Solidar Suisse und einem Dutzend entwicklungspolitischer Organisationen. Die Projekte finanzieren sich über private Spenden.

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Führungsseminar für Präsidien von Personalvertretungen

D1.7.2008

13.–15. Mai 2020, Hotel Flora Alpina, Vitznau
Rollenverständnis als Führungsperson, Führen ohne Weisungsrecht, Teamführung, Umgang mit schwierigen Situationen, Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater), Giorgio Pardini (syndicom)

Mutig handeln im Betrieb

D1.8.2020

5./6. Juni 2020, Solbadhotel, Sigriswil
Inhalt: Mut und Zivilcourage im Arbeitsalltag, Übungen mit Fallbeispielen der Teilnehmenden,

Umgang mit Vorgesetzten, HR und KollegInnen, Erfahrungsaustausch

ReferentInnen: Andi Geu (Soziologe), Anina Schmid (Psychologin), Vertrauensperson

Kooperativ mitgestalten und professionell kommunizieren

D1.7.2016

22./23. Juni 2020, Solbadhotel, Sigriswil
Inhalt: Mitgestaltungsfelder und -formen für die PV, Zusammenarbeit mit Führungskräften, Stabsstellen, Projektleitenden und Gewerkschaften, Einbezug der Mitarbeitenden, professionelle Kommunikation
Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

AGENDA 2020

26. JUNI 2020

Koordinationskonferenz

27. JUNI 2020

Delegiertenversammlung in Glarus

17./18. OKTOBER 2020

Parteitag in Basel

Parteienlässe in den nächsten Wochen und Monaten werden laufend überprüft und wo nötig abgesagt. Wir halten euch auf dem Laufenden.

Aktuelle Infos jederzeit unter www.spschweiz.ch/agenda

Gesucht: Schulpräsidentin oder Schulpräsident (100 %)

An der Schule Goldach (SG) wird im September 2020 das Schulpräsidium neu besetzt. Die SP Goldach möchte dafür eine motivierte und kompetente Persönlichkeit als Kandidat_in aufstellen.

An der Schule Goldach unterrichten rund 110 Lehrpersonen in 9 Kindergärten und 5 Schulhäusern rund 1000 Kinder und Jugendliche. Die Leitung der Schule obliegt dem Schulpräsidium, der Bildungskommission und den drei Schulleitungen. Bei den Gesamterneuerungswahlen am 27. September 2020 tritt der amtierende Schulpräsident altersbedingt nicht mehr an.

Das Schulpräsidium führt die Schule nach fachlichen und pädagogischen Gesichtspunkten. Es wird strategisch von der Bildungskommission, pädagogisch von Schulleitungen und administrativ von Mitarbeitenden im Schulamt unterstützt.

Die oder der Schulpräsident_in ist gleichzeitig Mitglied des siebenköpfigen Goldacher Gemeinderats. Als Gemeinderat oder Gemeinderätin und Vizepräsident_in steht das Schulpräsidium der Bildungskommission sowie der Kommission «Gesellschaft» vor.

Für diese vollamtliche Aufgabe sucht die SP Goldach eine Persönlichkeit, die

- einen fundierten Bezug zum Bildungswesen hat
- die Schule im Sinne der Gemeinde Goldach strategisch-konzeptionell weiterentwickelt
- mit verschiedensten Anspruchsgruppen konstruktiv, stufengerecht und lösungsorientiert kommuniziert und verhandelt
- über Führungserfahrung, einen Leistungsausweis als Teamleader_in und Teamentwickler_in sowie über hohe Sozialkompetenzen verfügt
- politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse engagiert vorantreibt
- mit Freude und Überzeugung die Interessen der Gemeinde Goldach vertritt
- sehr belastbar, integer und flexibel ist
- in Goldach wohnt oder willens ist, den Wohnsitz nach Goldach zu verlegen
- vorzugsweise Mitglied der SP ist

Kannst du dir vorstellen, für dieses anspruchsvolle Amt in Goldach zu kandidieren? Für weitere Auskünfte wende dich bitte an Peter Buschor, Präsident der SP-Sektion Rorschach (buschor.peter@bluewin.ch). Die SP Goldach sichert absolute Diskretion zu und freut sich auf deine Bewerbung.

NEIN zum Kinderabzug-Bschiss

Die Reichsten profitieren.
Der Mittelstand zahlt's.

NEIN
am 17. Mai

Missratenes Abschuss-Gesetz

Nein

17. Mai 2020

ng

NEIN zu Abschottung

NE

ng

NEIN zu Lohndumping

NEI

NEIN
zur Kündigungsinitiative

SP